

Durch die Föderalismusreform haben die deutschen Bundesländer die Gesetzgebungskompetenz für den Strafvollzug erhalten. Das Bundesverfassungsgericht hatte gewisse Vorgaben gemacht, an die sich die Länderparlamente zu halten haben. Von allen Ländern wurden zum 01.01.2008 die Jugendstrafvollzugsgesetze erlassen. Der befürchtete Wettbewerb der Schabigkeit ist (erfreulicherweise) nicht eingetreten. Grundstandards wurden eingehalten, aber dennoch unterscheiden sich die Gesetze erheblich. Das Gesetz mit dem geringsten Grundstandard in Hamburg soll nach dem Regierungswechsel schon wieder vollständig neu gestaltet werden. Auf der Tagung wird Prof. Sonnen (Vorsitzender der Deutschen Vereinigung der Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen) die Jugendstrafvollzugsgesetze der Länder einschätzen und diese in Bezug setzen zu den damals gemeinsam von den Fachverbänden aufgestellten Mindeststandards. In einem zweiten Komplex wird Prof. Peter Höflich die vorliegenden Untersuchungshaftgesetze einschätzen, wie dies auch in den verschiedenen Stellungnahmen des DBH-Fachverbandes erfolgte. Schließlich erhalten in einem dritten Abschnitt der Tagung die Fachreferenten der Justizministerien der Länder Baden-Württemberg, Hessen, Berlin und Nordrhein-Westfalen die Gelegenheit ihre Gesetzesumsetzung und deren praktische Anwendung vorzustellen. Abschließend sollen die Teilnehmenden die Gelegenheit erhalten mit den Fachreferenten zu diskutieren. Zu dieser Fachtagung werden in erster Linie die Fachabteilungen der Justizministerien der Bundesländer, die Rechtsausschüsse der Länderparlamente und Vertreter der Fachverbände eingeladen.

Tagungsort:

Evangelische Bildungsstätte
auf Schwanenwerder
Inselstr. 27-28
14129 Berlin-Schwanenwerder

Tagungsverlauf:

Mittwoch, 24.06.2009

10:00	Begrüßung: Einleitung in das Thema	Peter Reckling (DBH)
10:15	Einschätzung der Jugendstrafvollzugsgesetze der Länder,	Prof. Bernd-Rüdeger Sonnen
11:00	Diskussion	
11:45	Einschätzung der Entwürfe für Untersuchungshaftgesetze der Länder	Prof. Peter Höflich
12:45	Mittagessen	
	Umsetzung der Jugendstrafvollzugsgesetze in den Ländern	
13:45	Nordrhein-Westfalen	Barbara Roth
14:15	Baden-Württemberg	Prof. Rüdiger Wulf
14:45	Hessen	Torsten Kunze
15:15	Berlin	Thorsten Luxa
15:45	Diskussion	
16:15	Abschluss	
16:30	Ende der Tagung	

DBH-Fachverband für Soziale Arbeit, Strafrecht und Kriminalpolitik Aachener Str. 1064, 50858 Köln

Tel. 02 21 / 94 86 51 20

Fax 02 21 / 94 86 51 21

E-Mail: kontakt@dbh-online.de

Internet: www.dbh-online.de

Referenten der Tagung sind:

- Prof. Dr. Bernd-Rüdeger Sonnen, Universität Hamburg und Vorsitzender der DVJJ
- Prof. Dr. Rüdiger Wulf, Justizministerium Baden-Württemberg
- Torsten Kunze, Hessisches Ministerium der Justiz
- Barbara Roth, Justizministerium Nordrhein-Westfalen
- Thorsten Luxa, Senatsverwaltung für Justiz in Berlin,
- Prof. Dr. Peter Höflich, FH Cottbus
- Dr. Singelstein, Freie Universität Berlin
- Peter Reckling, DBH (Geschäftsführer)

Die Fachtagung findet am 24.06.07 in der Evangelischen Bildungsstätte Schwanenwerder in Berlin statt. Sie beginnt um 10:00 Uhr und wird um 16.30 Uhr beendet sein. Die Teilnehmergebühr beträgt 50,- Euro einschl. Mittagverpflegung und Tagungsgetränken.

Die Veranstaltung findet in Kooperation mit der Deutschen Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen (DVJJ) statt.

Bitte melden Sie sich bis zum 02.06. an. Da die Teilnehmerplätze begrenzt sind, gilt die Reihenfolge der Anmeldungen. Senden Sie bitte an uns das ausgefüllt Anmeldeformular per E-Mail, Fax oder Brief oder benutzen Sie die Online-Anmeldung im Internet: www.dbh-online.de.

Anreise:

.. mit der Bahn: nächster S-Bahnhof Nikolassee (Anholung vom Bahnhof mit Kleinbus bei Voranmeldung / Ausgang Borussenstr.); nächster Fernbahnhof Wannsee

.. mit dem Auto: A 115 (Avus) Ausfahrt Spanische Allee über Wannseebadweg zur Inselstraße

www.berlin-schwanenwerder.de



Anmeldung: Fax 02 21 / 94 86 51 21

Hiermit melde ich mich verbindlich für die Fachtagung „Die Strafvollzugsgesetze der Länder“ am 24.06.09 in Berlin an. Die Teilnehmergebühr beträgt 50,00 Euro.

() Ich bin nicht einverstanden, dass meine Adresse zur Bildung von Fahrgemeinschaften an andere Teilnehmende weitergegeben wird.

Name.....

() Ich möchte den kostenlosen Busschuttle in Anspruch nehmen und werde um Uhr am S-Bahnhof Nikolassee / Ausgang Borussenstr. stehen.

Adresse.....Institution.....

Tel.....E-Mail.....

Unterschrift.....

DBH - Fachverband für Soziale Arbeit, Strafrecht und Kriminalpolitik

Aachener Str. 1064, 50858 Köln

Tel. 02 21 / 94 86 51 20

Fax 02 21 / 94 86 51 21

E-Mail: kontakt@dbh-online.de